hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg **hlz@gew-hamburg.de** · Tel. 4 50 46 58

**Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de***
***(wir belassen ggf. alte Schreibung)***

*Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor*

## säkular

Die Berliner SPD-Spitze hat im Oktober geschlossen erklärt, an der Bekleidungsvorschrift für Staatsbeamte festhalten zu wollen, die seit 2005 durch ein Neutralitätsgesetz gilt und „religiöse Symbole“ wie Kippa und Kopftuch verbietet. Das Bundesverfassungsgericht hatte zwar im Januar erklärt, ein pauschales Kopftuchverbot verstoße gegen die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit der betroffenen Frauen und dementsprechend sei das Neutralitätsgesetz zu ändern. Doch daraus wird wohl nichts – es fehlt der politische Wille, da nun auch noch einmal die Basis der Berliner SPD sich mit Mehrheit gegen das Kopftuch ausgesprochen hat.

## verantwortungsbewusst?

Der Deutsche Philologenverband in Sachsen-Anhalt macht sich im Zusammenhang mit der „überschwappenden Immigranteninvasion“ (O-Ton aus dem Editorial der Verbandszeitung) Sorgen um deutsche Mädchen. Zitat: „Schon jetzt hört man aus vielen Orten in Gesprächen mit Bekannten, das [Schreibfehler im Philologen-Original] es zu sexuellen Belästigungen im täglichen Leben, vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln und Supermärkten, kommt. Auch als verantwortungsbewusste Pädagogen *(scheinbar gibt es nur männliche Mitglieder, JG)* stellen wir uns die Frage: Wie können wir unsere jungen Mädchen im Alter ab 12 Jahren so aufklären, dass sie sich nicht auf ein oberflächliches sexuelles Abenteuer mit sicher oft attraktiven muslimischen Männern einlassen?“

## erweitert

Die rot-grüne Koalition will den Unterricht von Flüchtlingskindern ausbauen und deren Integration verbessern. So sollen die Jungen und Mädchen die Möglichkeit bekommen, an den kostenlosen Ganztagsangeboten der Schulen teilzunehmen. Außerdem greift Rot-Grün eine Anregung aus den Grundschulen und eine Forderung der CDU-Opposition auf: Künftig sollen auch für die ersten beiden Klassenstufen eigene internationale Vorbereitungsklassen gebildet werden, „wo dies möglich ist“, wie es in dem Antrag heißt. Während hierher geflüchtete Kinder und Jugendliche von Klasse drei an in Basis- oder Vorbereitungsklassen unterrichtet werden, werden die jüngsten schulpflichtigen Flüchtlingskinder bislang direkt in die Regelklassen eingeschult. Aufgrund der deutlich gestiegenen Zahl von Zuwanderern führt das an einzelnen Standorten dazu, dass bis zu sechs Kinder mit Fluchthintergrund in den Eingangsklassen sitzen.

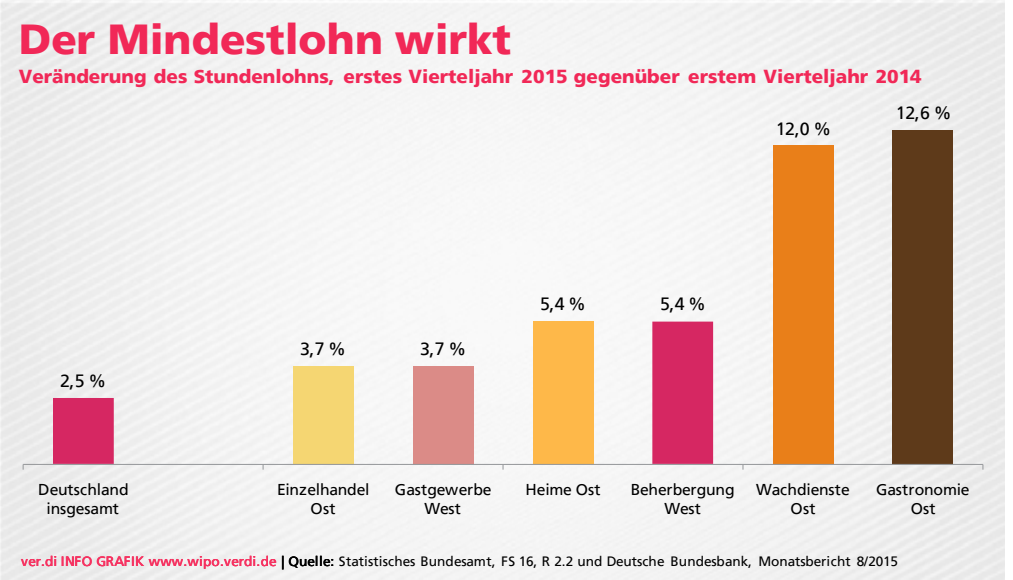
## gekürzt

Die Berufseinstiegsphase für Lehrer_innen in Hamburg gilt als erfolgreich und bundesweit vorbildlich. Ein wesentliches Element der Förderung für diese Gruppe ist die einjährige, unter Umständen auch zweijährige Zusammenarbeit mit erfahrenen Pädagog_innen als Mentor_innen. Diese wöchentliche Kooperation im Rahmen einer sogenannten Austauschgruppe, die auf die Arbeitszeit angerechnet wird, ist für alle neu eingestellten Lehrer_innen bislang verpflichtend. Aus der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Karin Prien ergibt sich nun, dass das Coachingangebot künftig nur noch freiwillig sein soll und die Anrechnung auf die Arbeitszeit entfällt.

## Nicht eure Kinder haben Angst, sondern ihr

„Ich kenne euch. Ihr grüßt auf der Straße. Ihr habt vielleicht Kleidung für Menschen auf der Flucht gespendet. Aber nach Bullerbü – nein. Die Grundstückspreise würden fallen. Habt ihr darüber nachgedacht, dass es angebrachter wäre, für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der Grundstückspreise nicht beeinträchtigt werden durch eine Unterkunft für flüchtende Menschen? Habt ihr Nachbarschaft weiter als euren Gartenzaun gedacht? Ich habe früher auf einige eurer Kinder aufgepasst. Sie ins Bett gebracht. Lieder gesungen. Euren Zaun übersprungen. Eure Kinder können sich nicht mehr frei bewegen, sagt ihr. Ist euch klar, dass eure Kinder keine Angst haben, sondern ihr? Eure Kinder wären froh, wenn es keine Zäune gäbe. Ihr versteckt euch hinter eurem Verein, hinter eurem Anwalt, hinter euren Kindern. Ich kann nur an eure Menschlichkeit appellieren, an euren klaren Verstand. Hört auf mit diesem fanatischen Blödsinn. Zieht eure Klage zurück. Schaltet den Anwalt aus und das Licht im Kopf an.“ Die Menge applaudiert.

*Lena Biertimpel (24), Studentin, auf der Kundgebung der von Schüler_innen organisierten Demonstration am 7. November gegen den Widerstand der Bürger_innen im Zusammenhang mit der Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in Klein Borstel*




**...und die Wirtschaft doch nicht zusammengebrochen!**

## couragiert

Zahlreiche Anwohner_innen, darunter viele Kinder und Jugendliche, haben in Klein Borstel für den Bau eines Flüchtlingsheims demonstriert. Laut Polizei nahmen knapp 700 Menschen an der Kundgebung teil. Ein Organisator sagte, die Demonstrant_innen wollten zeigen, dass es in dem Stadtteil auch Stimmen gebe, die sich für den Bau des Heims einsetzten, das auf dem Gelände des ehemaligen Anzuchtgartens des Friedhofs Ohlsdorf etwa 700 Flüchtlingen Obdach bieten soll. Das Verwaltungsgericht hatte einer Klage von Anwohner_innen stattgegeben und ein Moratorium verhängt. Daraufhin hatten Schüler_innen des Albert-Schweitzer-Gymnasiums die Pro-Flüchtlings-Demonstration organisiert. Der wohlhabende Stadtteil kann 700 Flüchtlinge integrieren, da sind sich die Demonstrierenden sicher. Die Stadt kämpft nun vorm Oberverwaltungsgericht gegen den Baustopp und will parallel den B-Plan ändern. Der sieht bisher nur eine „friedhofsbezogene Nutzung“ für die Fläche vor.

## verboten

Das Buch „Hexenjagd“ von Ursula Sarrazin darf in der ursprünglichen Fassung nicht mehr vertrieben werden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat entschieden, dass die ehemalige Lehrerin die Persönlichkeitsrechte einer Grundschülerin erheblich verletzt habe. Dieses Urteil, das erst jetzt bekannt wurde, erging in letzter Instanz und ist rechtskräftig. Die betroffene Schülerin war in dem Buch von Ursula Sarrazin mit vollem Namen genannt worden, sie war bei der Veröffentlichung zwölf Jahre alt.

Im Herbst 2012 erschien dann ihr Buch „Hexenjagd. Mein Schuldienst in Berlin“, in dem sie mit dem dortigen Schulbetrieb abrechnete. Besonders wegen einer Auseinandersetzung sah sie sich als Mobbing-Opfer: Eine Schülerin, die als hochbegabt eingestuft war, sollte die zweite Klasse überspringen. Ursula Sarrazin unterrichtete das Mädchen einige Zeit in der dritten Klasse, befand sie aber für unreif. Die Mutter klagte.

Eine künftige Anonymisierung des Namens genüge nicht, urteilte der BGH jetzt nach einem durch alle Instanzen gegangenen Rechtsstreit. Auch die angeblichen schulischen Schwächen dürften nicht mehr in identifizierbarer Weise veröffentlicht werden.

## arm und reich

Rund 25500 der unter siebenjährigen Hamburger Kinder waren im vergangenen Jahr ganz oder teilweise von Sozialleistungen abhängig. Das entsprach knapp 22 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung, so das Statistikamt Nord. Mehr als die Hälfte der in den Stadtteilen Rothenburgsort/Billbrook, Veddel und Steilshoop lebenden Kinder waren auf Harz IV zur Armutsbekämpfung angewiesen. Besonders gut geht es den Kindern hingegen in den Elbvororten, in den Vier- und Marschlanden und in der Nähe der Außenalster. In Blankenese und Nienstedten lag der Anteil gerade mal bei ein Prozent und darunter; Spitzenreiter am anderen Ende der Skala sind Rothenburgsort und Billbrook mit 52,6, gefolgt von Steilshoop mit 50,8 Prozent.